



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirksvertretungssitzung am **15. Mai 2024** folgenden

## **ANTRAG**

### **Durchsetzung von nötigen Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten von „Problemhäusern“ in der Brigittenau**

Die Bezirksvertretung Brigittenau ersucht die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaál alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, um unterlassene und dringend nötige Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten im Hinblick auf bereits bekannte Problemhäuser in der Brigittenau durchzusetzen.

#### **Begründung:**

Wie in zahlreichen Medien in den vergangenen Wochen und Monaten berichtet wurde, nutzen auch in der Brigittenau Vermieter:innen die auswegslose und prekäre Situation von Wohnungssuchenden schamlos aus und vermieten Wohnungen oder einfach nur Räumlichkeiten, die offensichtlich in keinster Weise die Hygienemindeststandards erreichen und mehr als nur baufällig sind, zu mutmaßlichen Wucherpreisen.

Um sowohl ein menschenwürdiges Leben in der Brigittenau für die unmittelbar betroffenen Bewohner:innen anbieten zu können aber auch um ein gedeihliches Miteinander zu fördern, müssen die genannten Zustände ehestmöglich abgestellt werden.

Die Situation ist für die Mieter:innen unerträglich und darf durch die Gemeinde Wien nicht toleriert werden. Deshalb sind alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, um eine angemessene Wohnsituation für die Mieter:innen herzustellen. Insbesondere wäre zu prüfen, ob die in § 6 Abs 1 Mietrechtsgesetz normierten Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten unterlassen oder vernachlässigt wurden und dringend nötige Arbeiten durchgesetzt werden können. Nachdem Eigentümer:innen bzw. Hausverwaltung bisher keine Maßnahmen gesetzt haben, um die untragbaren Zustände zu beenden wäre ein Exekutionstitel für eine Zwangsverwaltung durch die Gemeinde bzw. im Auftrag der Gemeinde anzustreben, wie das in §6 Abs. 2 MRG vorgesehen ist.

Spekulation mit Wohnhäusern ist Wohnungsraub und muss auf allen Ebenen konsequent bekämpft werden. Das Recht auf angemessenen Wohnraum ist im UN-Sozialpakt als Menschenrecht verbrieft.

## **EINFACHE SPRACHE**

### **Was steht im Antrag?**

Es geht um schlechte Wohnungen.

Manche Vermieter nutzen die schwierige Lage der Menschen aus.

Diese Vermieter verlangen zu hohe Mieten.

Diese Wohnungen sind in schlechtem Zustand.

Wir wollen, dass alle Menschen in der Brigittenau gut und sicher wohnen können.

Die Probleme müssen schnell gelöst werden.